

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 4

Artikel: Die Revolution kommt von rechts
Autor: Glättli, Balthasar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341769>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Revolution kommt von rechts

Die Vermutung, dass die Rechte mit ihren politischen Methoden die Linke kopiert und dabei insbesondere auch in der Zivilgesellschaft Wurzeln schlägt, ist alt. In «Zivilgesellschaft von rechts» widmeten 1995 die Autoren Hans Hartmann und Franz Horvath der Untermauerung dieser These mit Blick auf die «unheimliche Er-

Balthasar Glättli

folgsstory der Zürcher SVP» ein ganzes Buch. Diese Erfolgsstory wurde unterdessen in der ganzen Deutschschweiz nachgespielt und mit den diesjährigen Herbstwahlen hat die Volkspartei auch den Röstigraben überwunden.

Natürlich bediente die Rechte sich dabei bei den Methoden der Linken. Aber machen den Erfolg wirklich einfach «nur» der permanente Wahlkampf, der Burezmorge und die Vortragsreihen sowie das Ausnutzen des Initiativ- und v.a des Referendumsrechts aus, welche den SympathisantInnen immer neu die Möglichkeit geben, ins Mantra der Rechthaber einzustimmen? Wenn es nur das wäre – zum Teufel, warum sollte denn die Linke dieses Handwerk nicht gleich gut beherrschen?

Es gibt wohl keinen vernünftigen Grund, dies anzunehmen. Auch wenn in der Linken sicher öfter ein nostalgischer Reflex gegen zu viel Managementverstand in der Politik verbreitet ist. Und auch wenn ein weniger direkter Draht zur Wirtschaft bei SP und Grünen die finanziellen Möglichkeiten nicht ins Kraut schiessen lassen. Fakt ist: Rekordarbeitslosigkeit, Renten-

klaus-Debatte, Krankenkassen-Prämien-Rekorde und dazu als Begleitkonzept Steuersenkungsorgien und Sparwahn der Rechten hätten eigentlich eine für einen linken Wahlkampf geradezu ideale Ausgangslage geboten.

Was war nun effektiv das Resultat des 19. Oktober 2003? Die Grünen knüpften national mit einer prononciert linken Politik an ihre besten Resultate von 1990 an, die SP konnte sich gut halten. Kein Grund also für Krokodilstränen. Im Gegenteil, die Polarisierung im Spektrum der Rechten hat bei vielen eher zu mehr Interesse an der Politik geführt. Vorab zum Interesse an Bundesrats-Köpfen, was aber mit der Zeit hoffentlich zu breiteren Auseinandersetzungen über die Politik-Inhalte führt.

Doch zurück zur Wahlbilanz: Woran liegt es, dass die Linke zwar wohl das Terrain hält, aber trotz der aus Wahlkampfsicht idealen Ausgangslage diesen Herbst ihre Positionen nicht wirklich ausbauen konnte? Mir scheint es, dass dazu auch die ideologische Schwäche der Linken wesentlich beigetragen hat.

Ich versuche, in einigen Thesen wesentliche Problemfelder zu benennen.

These 1:

Die Linke ist gefangen in der Professionalisierungsfalle.

So wie aus den neuen sozialen Bewegungen NGO's entstanden, hat sich auch die Partearbeit massiv professionalisiert. Dies bindet zum einen verhältnismässig grosse finanzielle Mittel. Das lässt sich

zwar teilweise kompensieren, weil bei der neuen linken Mittelklasse ein «Loskauf-Reflex» tief verankert ist. So wie man sich bemüht, gerechten Handel über Fair-Trade Produkte und Umweltschutz über Bio-Food zu kaufen, lässt sich scheinbar auch eine gute Politik über den Parteiausgleichsbeitrag und mit einem Dauerspendenmarathon erkaufen. Dennoch ist die Beziehung zu einer Partei oder einer Bewegung, wo man sich aus der Solidaritätsverpflichtung loskaufen kann, eine andere. Man braucht kein glühender Verfechter, keine glühende Verfechterin der «Zivilgesellschaft» zu sein, um dennoch anzuerkennen, dass mit einer solchen Entwicklung zwar Breite gewonnen wurde, aber gleichzeitig die inhaltliche Bindung verloren gegangen ist.

Dies führt uns direkt zum anderen negativen Aspekt der Professionalisierung: Mit ihr sind der Linken in der Breite personelle Ressourcen abhanden gekommen. Jene Freiwilligenarbeit, jene Präsenz auf den Strassen und in den Sälen fehlt, welche auf der anderen Seite die SVP von ihren Mitgliedern, vor allem aber auch von allen MandatsträgerInnen knallhart einfordert. Bei Parteianlässen werden dort Präsenzlisten der lokalen «Partei-Prominenz» geführt, Abwesenheit wird schlicht nicht toleriert.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass die Professionalisierungsfalle nicht nur eine organisatorische Frage darstellt. Gerade im Zusammenhang mit der Formulierung politischer Inhalte und Prioritäten kommt die zunehmende Professionalisierung einer Entdemokratisierung der internen Strukturen gleich. Auf die Dauer stark wird aber m.E. grundsätzlich nicht jene politische Bewegung oder politische Partei, die im Stile von New Labor Geld in Meinungsumfragen investiert, um die Politik professionell von oben an den Meinungs-Mainstream anzupassen. Erfolgreich sein und auch gesellschaftlich etwas bewegen wird nur eine Politik, welche eine engagierte Basis

einbinden kann und damit auch gesellschaftliche Multiplikatoren und Resonanz gewinnt.

Schliesslich wird nur etwas mehr gesunde Distanz zum Parlamentarismus bei den engagierten VertreterInnen der Linken in den Ratssälen mehr Zeit für die Basisarbeit frei machen.

Diese pragmatische Kritik an den Versuchen des reinen Parlamentarismus führt uns direkt zur nächsten These.

These 2:

Klar zu verlieren bringt langfristig mehr, als defensive Kompromisse zu schliessen!

Die Linke setzt heute inhaltlich zu sehr auf einen defensiven Kurs. Sie versucht durch «Deals» mit der politischen Mitte dem neoliberalen Backlash die extremste Schärfe zu nehmen. Diese Sachpolitik ist im Idealfall ein wirklich harter Kampf hinter den Kulissen – wird aber kaum als das wahrgenommen, sondern als Einknicken als Kompromisslertum.

Damit macht sich die Linke zur Verteidigerin des Status Quo. Sie übernimmt symbolisch völlig überflüssig Verantwortung für die – bürgerlich dominierte – Regierungspolitik. Und sie wird so unglaubwürdig, weil sie ja lange genug den bürgerlich geprägten Status quo als ungenügend bekämpft hat.

Fast hat man das Gefühl, die heutige Linke habe den Abschied von der Systemkonkurrenz noch nicht verwunden. Der dadurch verschwundene gesellschaftliche Druck konnte nie wieder in dieser Wirklichkeit neu aufgebaut werden. Der grenzenlose technokratisch-macherisch geprägte Optimismus eines Bodenmann wollte in den 90er Jahren kämpferisch eine Alternative aufzeigen. Gepredigt wurde die Magie des «Faktor 4», welcher mehr Wohlstand, mehr Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz in einem dank technischem Fortschritt verhiess.

Heute, im nächsten Jahrzehnt und nach dem neoliberalen Durchmarsch redet

Die zunehmende

Professionalisierung

kommt einer

Entdemokratisierung

der internen

Strukturen gleich.

**Bewegung findet
rechts statt.**

man auf der Linken, aber auch bei den Gewerkschaften weitherum nur vom «Erhalt»: Erhalt der Sozialwerke, Erhalt des Service-Public. Und dafür ist man gerade im Parlament immer wieder zu Kompromissen gezwungen.

Ganz anders präsentieren sich die eigentlichen «Gewinner» dieser ideologischen Auseinandersetzung. Auch wenn sie parlamentarischen Mehrheiten dort, wo sie sie haben, knallhart nutzen, sind die Volksparteiler ebenso knallhart, kämpferisch und kompromisslos bereit, mit wehenden Fahnen unterzugehen, wenn sie ihre Positionen nicht 1:1 umsetzen können. Sie nutzen die Bühne der parlamentarischen Politik zur kraftvollen Selbstdarstellung. Sie wissen genau, dass die wesentlichen Entscheidungen nicht nur in der Politik fallen. Dass eine verlorene Abstimmung im Nationalrat noch lange nicht eine dauernde Niederlage bedeutet. Weil es ihnen gelingt, ihre Niederlagen als Verluste für ihre Klientel darzustellen, gewinnen sie das klare Profil und die Glaubwürdigkeit, welche sie dann in den Wahlen siegen lässt.

Die Defensive ist nie eine motivierende Position – erst recht nicht für progressive Politik. Die Niederlage dagegen kann es sein. Die Kunst, erfolgreich zu verlieren, muss die Linke (wieder?) lernen.

These 3:

Die Organisationsschwäche der Gewerkschaften schwächt die Linke generell.

Die Wirtschaftsinteressen werden immer professioneller verkauft. Mit «avenir suisse» hat die Rechte sich eine Denkfabrik gekauft, die weit unverfrorener als beispielsweise die deutschen Parteistiftungen unter dem Deckmäntelchen der Wissenschaft Stimmungsmache betreibt. Die Gewerkschaften als traditionelles zweites Bein der Linken dagegen serbeln vor sich hin und sind momentan – obwohl es sie wohl kaum je in den letzten 50 Jahren in der Schweiz so sehr ge-

braucht hätte wie jetzt – in der Reorganisationsfalle.

Als Reaktion nicht zuletzt auf den Mitgliederschwund wurde mit der UNIA-Vereinigung eine Reorganisation beschlossen, welche momentan – so erlebe ich es jedenfalls im Gespräch mit GewerkschaftskollegInnen – massiv Ressourcen bindet. Arbeit und Kreativität wird statt in die Erarbeitung neuer Inhalte und in die Kampagnengestaltung in Versuche investiert, im neuen Gebilde sich und KollegInnen eine gute Position zu sichern. Wie unumgänglich der Fusionsentscheid war, ist von aussen schwer zu beurteilen. Aber einmal gestartet kann die Reorganisation nicht einfach auf Eis gelegt, sondern muss genutzt werden, um die Gewerkschaften auch inhaltlich wieder schlagkräftiger zu machen.

Würden die Gewerkschaften einen Teil der Synergie-Gewinne in einen eigenständigen, linken Think-Tank investierten, könnte dies möglicherweise jene linke inhaltliche Befruchtung und Vertiefung der politischen Diskussion bringen, welche die Parteien, traditionell schwache Akteure, nicht leisten können.

These 4:

Das Streben der Rechten nach der kulturellen Hegemonie muss ernstgenommen werden.

Neben dem «Action-Drain» findet auch ein «Brain-Drain» nach rechts statt. Das neue rechte Kampfblatt, die «Weltwoche», wird immer mehr von einem verwirrend zusammengestückelten Forum zur prononcierten Leitartikelproduzentin salonfähiger Rechtsaussenpolitik.

In Chefredaktor Köppels Diktion wäre dies wohl im Bereich der notwendigen Tabubrüche gegen die linksliberale kulturelle Hegemonie anzusiedeln, die als Mythos durch viele Köpfe geistert. Meines Erachtens würde dies allerdings nicht wirklich den Punkt treffen. In der Schweiz herrscht seit langem und noch immer die

kulturelle Hegemonie der satten Harmlosigkeit. Darum sind die «Tabubrüche» von rechts interessant geworden. Weil sie eine Gesellschaft, die sich satt um sich selbst dreht, radikal hinterfragen. Weil sie den Abgrund der Moderne aufzeigen. Weil sie in brutaler Klarheit die Forderung formulieren, dass die tüchtigen SchweizerInnen alle anderen zu VerliererInnen machen müssen, wenn sie selbst nicht zu VerliererInnen werden wollen.

Es ist klar: Die einzige grosse Partei, welche ganz klar dem «weiter so!» der breiten politischen Elite widerspricht, steht heute rechts.

Fazit:

Die Linke braucht wieder mehr Mut zur Ernsthaftigkeit.

Diese Zeichen machen es klar: Die Zeit der «lustbetonten Politik» ist endgültig zu Ende. Es geht in der Politik wieder um etwas, und die Menschen spüren das. Ihre Zweifel sind nicht einfach unberechtigt. Es ist klar, dass ein System, das eigentlich im Endeffekt die totale Rundumversicherung anstrebt, ohne Aufwerfen der Umverteilungsfrage nicht mehr realisierbar ist. Wenn ich heute in meinem persönlichen Umfeld KollegInnen anfang Dreissig befrage, glaubt praktisch niemand mehr daran, dass die eigene Altersvorsorge gesichert ist.

Die einzig deutlich hörbaren Erneuerungsversprechen kommen aber verheerenderweise in dieser Situation von rechts; Bewegung findet rechts statt.

Das muss ändern – aber es ändert sich nicht, wenn man noch eloquenter und überzeugender für einen optimierten Status quo argumentiert. Stattdessen muss die Linke Bewegung in die Politik bringen, indem sie konsequent Alternativen einfordert und in ihrer eigenen Sprache klaren Position formuliert.

Die rechte Dynamik versucht aus der Krise neuen Schub für den Neoliberalismus zu gewinnen. Die Linke dagegen muss zuerst ihre Nostalgie aufgeben. Es gibt kein Zurück zum Courant normal. Die Krise rührt ebenso sehr wie von der Konjunktur neoliberaler Positionen auch von der eigenen Schwäche her. Klaren Alternativen müssen nun in harter Basisarbeit ausgearbeitet werden.

Dazu braucht es nicht zuletzt auch etwas mehr Distanz zur eingespielten medialen Politcomedy: Mut zur Ernsthaftigkeit.

Balthasar Glättli, Jg. 1972, ist Fraktionspräsident der GRÜNEN/AL im Gemeinderat Zürich, Ko-Präsident des Gewerkschaftsbundes der Stadt Zürich und arbeitet als Politischer Sekretär von Solidarité sans frontières.
(Mitarbeit: Alexandra Heeb)